



Bürgerinitiative „Raus aus der Steinkohle“ Unterföhring
Bürgerinitiative „Raus aus der Steinkohle“ München

Gemeinsame Stellungnahme

Reserve-Heizwerke jetzt übergangsweise erweitern – dafür Kohleverbrennung im HKW Nord schnellstmöglich beenden!

Die beiden Bürgerinitiativen „Raus aus der Steinkohle“ in Unterföhring und in München legen hiermit einen gemeinsam abgestimmten Vorschlag vor, wie schnellstmöglich, bis spätestens 2025, auf die Kohleverbrennung im Heizkraftwerk Nord, Unterföhring, verzichtet werden kann. Anlässlich der derzeitigen „Koalitionsverhandlungen“ und der bevorstehenden Neukonstituierung der „Münchner Stadtregierung“ erinnern die beiden Initiativen an den Stadtratsbeschluß, das Kohlekraftwerk in Unterföhring „deutlich vor 2028“ abzuschalten. Mit dem gemeinsamen Vorschlag widersprechen sie auch der Absicht der Stadtwerke München, am Standort Nord in Unterföhring, entgegen dem einstimmigen Beschluß des dortigen Gemeinderats, ein neues Erdgas-Großkraftwerk zu errichten.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat am 27. November 2019 beschlossen, dass die Fernwärmeversorgung in München bis 2035 vollständig auf erneuerbare Energien – also insbesondere Geothermie – umgerüstet werden soll. Die Stadtwerke München (SWM) sollen ferner bis Herbst 2020 eine Lösung vorlegen, wie die Kohleverbrennung am Standort Nord deutlich früher als 2028 beendet und dazu für den Kohleblock 2 als Ausfallreserve für die Fernwärme übergangsweise Ersatz – ggf. auf Basis Erdgas – geschaffen werden kann.

Dazu präsentieren die beiden **Bürgerinitiativen im Einklang mit dem Gutachten des Öko-Instituts** vom 12. November 2019 hiermit wesentliche Bausteine für eine befristete Übergangslösung für den Fernwärme-Engpass, die das **Ende der Kohleverbrennung** im HKW Nord2 bis **spätestens 2025** ermöglicht. Erklärtes Ziel ist auch, eine **neu zu errichtende, fossil betriebene Groß-Kraftwerksanlage überflüssig** zu machen, wie sie von den SWM entgegen einstimmigem Beschluss des Gemeinderats Unterföhring derzeit geplant wird.

Auf Basis des Bürgerentscheids, wie von den Münchner Bürger*innen am 5. November 2017 beschlossen, ist es **Ziel der beiden Bürgerinitiativen, die Kohleverbrennung im HKW Nord schnellstmöglich zu beenden** und überdies aus Klimaschutzgründen generell die **frühestmögliche Beendigung der Verbrennung jeglicher fossiler Rohstoffe** in und um München zu erreichen. Wir, die beiden Bürgerinitiativen Raus-aus-der-Steinkohle Unterföhring und München, fordern deshalb die

neue „Stadtregierung“ in München gemeinsam auf, die Stadtwerke München zu beauftragen, umgehend eine **Verlängerung der Betriebsgenehmigung des bestehenden Heizwerks** zu beantragen und schnellstmöglich eine **neue Heiz-Spitzenlastanlage am Standort Nord in Unterföhring als Notfallreserve** zu errichten.

Von der neu gewählten „Stadtregierung“ in München erwarten wir überdies, dass sie tatsächlich **gemäß Stadtratsbeschluss „München Klimaneutralität 2035“ handelt**, sich für die Lösung einsetzt, die eine **schnellstmögliche Beendigung der Kohleverbrennung** für Wärmezwecke am Standort Nord ermöglicht, eine dortige **neue, erdgas-betriebene Kraftwerks-Großanlage unnötig** macht und gleichzeitig die **Belastung für die Gemeinde Unterföhring minimiert**.

Der Münchner Stadtrat hat beschlossen, dass wegen der Klimakrise und zur Reduzierung von CO₂-Emissionen die Verbrennung von Steinkohle ab 2020 von bisher 800.000 auf max. 350.000 Tonnen pro Jahr reduziert wird. Denn das durch die Stadt München beauftragte Gutachten des TÜV-Süd vom 07. Oktober 2019 stellt fest: Das **Kohlekraftwerk, HKW Nord 2, dient nur noch als Ausfallreserve für die Fernwärmeversorgung**. Ohne diesen Kohleblock wäre an Frosttagen mit Temperaturen unter minus 15 Grad bei einem gleichzeitigem Ausfall des Heizkraftwerks Süd die Fernwärmeversorgung in der Stadt gefährdet. Wenngleich solche **Notfälle äußerst selten** auftreten, müssen Reservekapazitäten in Höhe bis zu 422 Megawatt Wärmeleistung neu geschaffen werden, wenn die Kohleverbrennung frühestmöglich beendet werden soll.

Das Gutachten des Öko-Instituts vom 12. November 2019 empfiehlt, dass „die Landeshauptstadt München und die Stadtwerke **mit Nachdruck alternative Kapazitäten zur Absicherung der Fernwärmeversorgung aufbauen** sollten“, um diese Wärmelücke zu schließen. Dies kann, so der Gutachter weiter: „z.B. durch die **Vermeidung der geplanten Stilllegung des Heizwerks am Standort Nord** sowie den **Bau eines oder mehrerer neuer Heizwerke an geeigneten Standorten der Stadtwerke – zum Beispiel auf dem Gelände des HKW Nord in Unterföhring** – erfolgen.“ (Öko-Institut 2019, S. 5).

Die **Bürgerinitiativen in Unterföhring und München unterstützen mit Nachdruck die Schaffung erforderlicher Notfall-Reservekapazitäten im Bereich Wärme** durch Ertüchtigung, Erneuerung, Erweiterung und/oder Neubau von Heizkessel-Anlagen (Heizwerken) an vorhandenen Standorten der Stadtwerke.

Dabei sind drei Kriterien entscheidungsrelevant:

- Erstens sollen die Stadtwerke die Anlagen zur Wärmeabsicherung errichten oder erweitern, die **am schnellsten** gebaut werden können, damit die **Kohleverbrennung** im Kohlekraftwerk schnellstmöglich, **d.h. bis allerspätestens 2025, beendet** werden kann.
- Zweitens soll auf Anlagen gesetzt werden, die nur in Betrieb gehen müssen, wenn es in München kälter als minus 15 Grad ist und zugleich das Heizkraftwerk Süd eine Panne hat – also in **äußerst seltenen Notfällen**.
- Drittens sollen diese **zusätzlichen Heizwerk-Kapazitäten nur befristet** betrieben werden, nämlich bis die Fernwärme in München auf erneuerbare Quellen umgerüstet ist, nach heutiger Planung also **bis längstens 2035**.

In München befinden sich neben den Heizkraftwerken Nord (Müll, Kohle) und Süd (Erdgas) Heizwerke für Wärme auch in Freimann, in der Theresienstraße, in Perlach, Gaisbergstraße, Kathi-Kobus-Straße, Koppstraße und in Freiham, an denen die **erforderliche technische Infrastruktur – wie Gasanschluß und Fernwärmeanbindung – bereits vorhanden** ist. Sie eignen sich besonders gut für die Schaffung kleinerer Wärme-Kapazitäten für die genannten Notfälle.

Die beiden Bürgerinitiativen fordern, dass zur Untersuchung etwaiger Ertüchtigungs- und Erweiterungsmöglichkeiten an bestehenden Heizwerk-Standorten **schnellstmöglich ein neutraler Gutachter** eingeschaltet wird. Sollte es an bestehenden Standorten innerhalb der Stadt Möglichkeiten

geben, vorhandene Wärme-Anlagen zu erweitern oder Spitzenlast-Heizkessel zu installieren, wäre es nach Auffassung der Unterzeichner **erforderlich, diese Möglichkeiten vorrangig wahrzunehmen** – da es die Münchner Bürger*innen sind, die die Wärme konsumieren.

Zu den vorhandenen Heizwerk-Standorten der Stadtwerke gehört auch der **Standort HKW Nord in der Nachbargemeinde Unterföhring**. Allerdings soll nach Plänen der SWM das dort bestehende und in Betrieb befindliche Heizwerk Nord (124 MW) wegen derzeit zu hoher Emissionswerte abgeschaltet werden. Es ist aber technisch und rechtlich möglich, die bisherige **Betriebsgenehmigung für dieses Heizwerk Nord über 2023 hinaus zu verlängern**, „das bestehende Heizwerk am Standort Nord nach Ablauf der Betriebsgenehmigung im Jahr 2022 nicht komplett still zu legen, sondern **im Rahmen einer Vereinbarung mit der für den Immissionsschutz zuständigen Behörde als Notfallreserve weiter vorzuhalten**“ (Öko-Institut 2019, S. 13).

Zusätzlich ist es möglich, auf dem **genehmigten Betriebsgelände des Heizkraftwerks Nord, also innerhalb des bestehenden Bebauungsplans**, in kürzester Genehmigungs- und Errichtungszeit **ein gasbetriebenes Reserveheizwerk neu zu errichten**. Z.B. im Bereich der sog. „nördlichen Glasharfe“ mit zwei bis drei zusätzlichen Gas-Heizkesseln, als Erweiterung der bestehenden Heizwerke, als Anbau an die Müllverbrennung oder auch als (aufgeständerte) Anlage. Und ebenfalls **nur für Notfälle** und nur für eine **befristete Übergangszeit** bis 2035.

Neben der **Verlängerung der Betriebslaufzeit des vorhandenen Heizwerks** wäre ein solches **erdgasbetriebenes Spitzenlast-Heizwerk** am Standort Nord nach gemeinsamer Auffassung der Bürgerinitiativen aus München und Unterföhring **eine gute Lösung**, weil das Kohlekraftwerk in diesem Fall innerhalb von maximal fünf Jahren in die alleinige Stromnetzreserve mit dann minimalster Kohleverbrennung verschoben werden kann: Angesichts zu erwartender Einsprüche und gerichtlicher Klagen also wesentlich schneller, als wenn dort – wie von den Stadtwerken entgegen des einstimmigen Beschlusses des Gemeinderats der Gemeinde Unterföhring derzeit in Planung – ein großes Gas-Heizkraftwerk (GuD) neu gebaut würde.

Ein solches neues Spitzenlast-Heizwerk stellt nach übereinstimmender Auffassung der beiden Bürgerinitiativen **keine zusätzliche Beeinträchtigung für die Bevölkerung** dar. Es kann auf dem bestehenden Kraftwerksstandort, also (im Gegensatz zu dem neuen Gas-Heizkraftwerk), **innerhalb des gültigen Bebauungsplans** errichtet werden und würde – wenn überhaupt – **nur wenige Tage im Jahr** eingesetzt. Und auch die Kosten sprechen dafür: Ein Reserveheizwerk würde **weniger als ein Zehntel der Kosten** verursachen, die für das große Gas-Heizkraftwerk aufgewendet werden müssten. Schließlich geht es nur um eine **provisorische Lösung** – bis die Wärmeversorgung vollständig durch erneuerbare Energien sichergestellt ist, also **bis spätestens 2035**. Ein neues Gas- und Dampfturbinen-Heizkraftwerk (GuD) dagegen, mit seiner wesentlich längeren Genehmigungs-, Klage-, Bau- und 30-jährigen Abschreibungszeiten, würde ein **Festhalten an fossiler Energie weit über das Jahr 2035** hinaus zementieren und damit dem Stadtratsbeschuß zur „Klimaneutralität 2035“ widersprechen.

Die hier von uns gemeinsam vorgeschlagenen Grundsätze sollten in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag – strafbewehrt und einklagbar – zwischen der Gemeinde Unterföhring einerseits und der Landeshauptstadt München andererseits einvernehmlich vereinbart werden. Auch damit wird die **Besorgnis etwaiger gerichtlicher Einwände und Klagen minimiert**.

Unterföhring und München, den, 22.04.2020

Bürgerinitiative „Raus aus der Steinkohle“ Unterföhring, w.stubenrauch@gmx.de
Bürgerinitiative „Raus aus der Steinkohle“ München, info@raus-aus-der-steinkohle.de